Hungerstreik 1989 Info

Nr. 3
2.3.89

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Brief von Lutz Taufer vom 9.2.89

„von der zellenrazzia gleich am ersten streiktag hast du inzwischen sicher gehört. der knastarzt hat bei mir abends würgemale am hals diagnostiziert, der hemdkragen war ziemlich blutverschmiert. mitgenommen haben sie allen möglichen kram. alte, nie veröffentlichte textentwürfe, die mal in einer doku der niedersächsischen landtagsgrünen im vergangenen Herbst erscheinen sollten – kontext: dialog etc. –, und dieser fund hat den staatsanwalt und das lka (landeskriminalamt) in hochstimmung versetzt, offenkundig hielten sie das wieder für ein brisantes strategiepapier. sei's drum. es beweist nur nochmal, daß es unmöglich ist, sich in irgendeiner weise zu der dialoggeschichte ins verhältnis zu setzen, ohne daß nachteile entstehen, daß die unterlagen dafür zum beweismittel für terrorismus werden. am übernächsten tag gings dann weiter. beim aufschließen für die freistunde höre ich schon, wie einer von uns mit dem fuß an die tür tritt. immer ein zeichen, daß was läuft. knut soll angeblich einem wärter auf den fuß getreten sein. stell dir vor: auf den fuß getreten. da gabs natürlich nur eines, um diese brisante lage unter kontrolle zu bringen: knut in die zelle zurückstoßen und ihm die freistunde sperren. wir haben den wärtern im hof, die aufpassen, daß wir mit keinem gefangenen, der mal zufällig den hof überquert, mehr als drei sätze ohne überwachung – wenn überhaupt – reden, deutlich gemacht, daß das unter keinen umständen laufen wird. wir machten klar, daß sie uns reinschleppen müssen, wenn sie knut nicht rauslassen. am ende haben sie uns dann reingeschleppt, natürlich sind dabei die wunden am hals wieder aufgerissen, weil mich wieder einer mit dem arm am hals gewürgt hat.

Brief von Ingrid Barabaß, JVA Preungesheim, vom 12.2. und 15.2.89

Von der Demo in Essen hab ich im WDR ... gehört. Sie sagten, daß 7000 da waren, haben aber unterschlagen, daß es auch um unsere Zusammenlegung ging ...

Wir haben auch gelesen in der FAZ, daß ein Teil der GAL Hamburg sich mit unserem Hungerstreik für Zusammenlegung solidarisiert hat; und, endlich wird mal das Schweigen, die Distanzierung und Hetze gebrochen – auch mit der PKK. Hier und da dringt doch mal was durch.

Die eher rechten/konservativen Zeitungen bringen da mehr als die sogenannten „liberale" wie die SZ oder erst recht „linksliberale" FR. Gerade die FR, die dauernd am Dialog mitgedreht hat, außer der TAZ am meisten und regelmäßigsten darüber berichtet hat, bringt jetzt nichts. Außer 'ner Meldung am Anfang kein Ton. Da sieht man ja, wie sehr ihr der Humanismus und unsere Haftbedingungen am Herzen liegen. Nicht, daß mich das wundert, daß sie praktisch nichts bringen, aber im Kontrast zu den anderen Zeitungen steht das schon noch mal anders da.

Die TAZ von Donnerstag und Freitag und Samstag wurde zensiert. Wie in Aichach damals. Sie sind hier überhaupt ziemlich wild. Ich hatte Mittwoch Besuchskörperdurchsuchung, die Woche vorher (bei der BAW-Zellendurchsuchung und später beim Knast) hatten wir Körperdurchsuchung verweigert. Wir sind ja sowieso zu. Bei Gisel haben sie dann diese Woche eine Zwangskörperdurchsuchung gemacht. 2 Grüne haben Gisel hingeschleppt, und 4 Beamtinnen haben es gemacht.

Gisel und ich haben heute (15.2.) unseren Hungerstreik unterbrochen. Wir sind trotzdem weiter eingeschlossen.

Gestern hab ich die Liste der Sachen gekriegt, die bei der BAW-Zellendurchsuchung beschlagnahmt wurden. Außer 'nem Durchschlag an meine Anwältin, daß ich im Hungerstreik bin, noch den uralten – na ja, von Anfang 86 – Aufruf der Anwälte zur Zusammenlegung ... Die Richtung ist also klar – die „Welt am Sonntag" hat ja so was zur Kriminalisierung unserer Verteidiger schon lanciert. Mal sehen, es gibt inzwischen ja schon ein geschärftes Bewußtsein zur Kriminalisierung durch den Widerstand dagegen in der letzten Zeit, was sich bis hin zum Spiegel ausgedrückt hat.

Aber es ist jetzt eben nochmal 'ne andere Auseinandersetzung.

Karte von Gisela Dutzi vom 20.2.89

Das Schreiben, wonach du gefragt hast, vom Initiativkreis Hafen, wurde angehalten. Alles in der Art. Die Begründung ist: „... Wiedergabe könnte andere Gefangene zu Solidaritätsbezeugungen auffordern und das geordnete Zusammenleben stören."

Susanne Schöf und Hans Deutzmann haben sich dem Hungerstreik der pol. Gefangenen angeschlossen
Brief von Susanne Schöf, soziale Gefangene, 4.2.89

Hallo,
und alle an diesem Brief interessierte Genossen/innen,
... Ich habe mich heute dem Hungerstreik angeschlossen. Ich bin sehr froh über diese klare und konsequente Initiative. Eine neue Einheit im revolutionären Kampf ist auch mein sehnlichstes Bedürfnis, und der Wille, diese Einheit zu erlangen, bei den Genossen/innen drinnen und draußen, wird dem Kampf die Kraft geben, die Forderungen durchzusetzen. Die Anforderung an alle ist groß. Doch diese Anforderung, die der Kampf um Zusammenlegung und die Freilassung von Günter, Claudia, Bernd und Angelika an den revolutionären Widerstand stellt, wird dazu beitragen, daß der einzelne seine Schwächen überwindet und verschüttete Qualitäten entfaltet.

Ein weiterer entscheidender Faktor wird sein, inwieweit es gelingt, die Forderungen des Kollektivs der kämpfenden Gefangenen in den anderen gesellschaftlichen Bereichen zu verankern. Das bedeutet, daß der revolutionäre Widerstand daran arbeitet, seine Isolation zu durchbrechen. Auch wenn Gruppen, die anfangen, sich zu wehren, Forderungen und Inhalte des Widerstandes von sich aus aufgreifen wie die Studenten in Berlin, die ein Institut nach Ingrid Strobl benannten, oder die Arbeiter der letzten Arbeiterkämpfe, die von Anfang an nicht mehr auf rein legale Mittel wie friedliche Demonstrationen vertrauten, sondern zu spontanen selbstorganisierten Initiativen griffen wie Brückenbesetzungen, kommt es auch darauf an, bewußte Schritte auf die Gruppen zuzumachen.

Die aufgestellten Forderungen sind leicht zu verstehen. Die Erfahrungen sind zahlreich, daß es keinen „Normalvollzug" für politische Gefangene gibt: Ich selber habe es z.B. an dem Punkt gemerkt, als ich mit einer Frau, mit der ich mich verstand, auf Gemeinschaftszelle wollte. Für mich gilt Einzelzelle, außer ich sei bereit, mit einer von der Anstalt vorgeschlagenen Gefangenen auf eine Zelle zu gehen. Wenn „Normalvollzug", nutzen sie es nur so gut wie möglich für sich aus. Die revolutionäre Identität soll in jedem Fall isoliert werden. Den Charakter der Frau, die auf meine Zelle sollte, kann ich am besten dadurch beschreiben, daß sie eine Gruppe um sich gebildet hat, die mit Vorliebe laut auf dem Flur gerade vor meiner Zelle fernsehen, oder jetzt, während ich im HS bin und mich einschließe und nur zur Freistunde herausgehe, Gespräche über Mahlzeiten anzettelt mit ausführlicher Beschreibung und andauerndem „Hm, wie lecker".

... Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß Hans das zukommen soll, was an Solidarität von draußen kommt. Er ist in einer viel schlechteren Lage als ich ...

Als ich hier zuerst isoliert war, konnte ich mal am Fenster sprechen, oder die Gefangenen fragten die Schließerinnen, ob sie mir ein paar Sachen bringen dürften. Auch jetzt, wo ich mich einschließen lasse, brachte mir gestern eine Gefangene Mineralwasser, und sie nehmen auch emotional Anteil. Das macht schon viel aus. Aber wenn man nur Grüne und Mauern sieht, das ist hart. Deswegen ist für Hans auch wichtiger, daß er Post und Besuche kriegt, und ich trete alles an ihn ab, weil das so eine Scheiße ist, jemand, der wirklich interessiert ist an Kommunikation und an den Menschen, so abzuschneiden. Aber so geht es vielen von uns, und das seit so vielen Jahren, und deswegen kämpfen wir um die Zusammenlegung, und wir müssen es schaffen. Das muß sich auch draußen jeder klar machen, was das für eine Brutalität ist, allein daß sie Menschen auseinanderreißen, die zusammengehören, ist schon brutal genug, und dann diese Behandlung, daß sie sich nichts mit anderen aufbauen können . . .
Liebe Grüße an alle, Susanne

Informationen von Angehörigen

Chilenische Gefangene im Hungerstreik

FR, 16.2.89: „In Chile protestieren seit einem Monat 34 politische Gefangene gegen die Verschärfung ihrer Haftbedingungen. Das berichtete jetzt die Oppositions-Zeitschrift ‚Analisis'. Wie die FR am Dienstag erfuhr, haben sich am vergangenen Freitag auch zwei Frauen der Aktion angeschlossen, darunter die Deutsch-Chilenin Karin Eitel. Ihr wird Verwicklung in die Entführung eines Armee-Offiziers durch die Untergrundgruppe ‚Patriotische Front Manuel Rodriguez' vorgeworfen.

Anlaß für den Hungerstreik ist den FR-Informationen zufolge die Verlegung der Gefangenen aus normalen Gefängnissen in Haftanstalten für besonders gefährliche Verbrechen. Dort wurden sie vereinzelt, während sie zuvor in Gruppen zusammengelegt waren. Einer der Hungerstreikenden, der 54jährige Juan de Dios Pizarro, soll inzwischen in einem kritischen Gesundheitszustand sein."

Solidaritätsadresse der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD an die Angehörigen der politischen Gefangenen in Chile

Wir haben hier in einer bürgerlichen Zeitung vom 16. Februar 89 gelesen, daß in Chile 34 politische Gefangene seit einem Monat im Hungerstreik sind.

Sie sind im Hungerstreik, nachdem sie in Hochsicherheitsgefängnisse verlegt wurden und dort isoliert sind. Vorher waren die Gefangenen in Gruppen zusammengelegt.

Unsere Solidarität gehört den politischen Gefangenen in Chile, vor allem denen, die jetzt im Hungerstreik gegen die Isolation und die Verlegung und für die Gefangenenkollektive kämpfen, und Euch Angehörigen, die draußen ihren Kampf unterstützen.

Hier in der BRD sind seit dem 1. Februar 89 über 40 politische Gefangene aus der Guerilla (RAF) und aus dem Widerstand und soziale Gefangene im Hungerstreik. Ihre Forderungen sind:

„– Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.
– Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.
– Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder.
– Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.
– Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen."

In ihrer Erklärung zum Hungerstreik sagen die Gefangenen u.a.: „Jeder, der es wissen will, weiß, was die Isolation ist, sie ist international begriffen und als Folter definiert. Hier haben sie inzwischen die Isolation für gefangene Revolutionäre, ob aus Guerilla, aus dem Widerstand oder ausländische Genossen und Genossinnen, zur Regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale Gefangene ein – international wird sie als saubere perfide Methode der feinen BRD-Europäer immer mehr übernommen. Hier muß sie gebrochen werden."

Unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen aus Chile und mit Euch kommt aus dem Kampf für das gleiche Ziel:

die Bedingungen für Kollektivität, Selbstbestimmung und Selbstorganisierung der politischen Gefangenen durchzusetzen und zu erhalten.

Solidarische Grüße
Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD
Unsere Adresse: Postlagerkarte 050205
D-7500 Karlsruhe 1

Erklärungen von Rechtsanwälten

Pressemitteilung der Anwälte von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand, 28.2.89

Am 1.2.89 haben über 40 Gefangene aus der RAF und dem Widerstand für ihre Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Am 15.2. haben vorläufig alle Gefangenen – bis auf Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes – den Hungerstreik unterbrochen. Am 1.3. werden zwei weitere Gefangene den Hungerstreik mit den beiden fortsetzen. 14 Tage später kommen wieder zwei Gefangene dazu . . .

Weltweit wird der Hungerstreik als politisches Kampfmittel eingesetzt, insbesondere von Gefangenen zur Durchsetzung ihrer Forderungen – aber nur hier in der BRD wird der Hungerstreik kriminalisiert, die Teilnahme daran als „mitgliedschaftliche Betätigung in der RAF" definiert.

Das politische Ziel dieser Definition ist die Kriminalisierung der legitimen Forderung nach Zusammenlegung und nach Freilassung der Haftunfähigen sowie mit Hilfe des § 129a StGB die Verfolgung derjenigen, die die Forderungen unterstützen. Insbesondere werden wir Anwälte angegriffen und so der Ausschluß der Verteidigung vorbereitet.

Politische Verteidigung zum Schutz unserer Mandanten soll ausgeschaltet werden. So werden Informationen in die Presse lanciert wie ‚Anwälte als Organisatoren des Streiks', Anwälte unterhalten dubiose Kontakte ins Ausland usw.

Selbstverständlich arbeiten wir mit ausländischen Kollegen, internationalen juristischen Vereinigungen und Gremien zusammen, um Druck auf die politisch Verantwortlichen zu erzeugen – sie, die die international als Folter geächtete Isolation bis heute anwenden.

Die Tatsache von 18 Jahren Vernichtungshaft und des ebenso langen Kampfs gegen diese Bedingungen soll national durch eine Politik der Kriminalisierung geleugnet werden; international versucht die BRD-Regierung durch Lügen, daß es keine Isolation gebe, ihr Gesicht zu wahren. Nach der Anhörung vor dem UN-Menschenrechtsausschuß im April 86 äußerten sich mehrere Ausschußmitglieder zu den Stellungnahmen der BRD-Vertreter sehr deutlich: ‚Der Ausschuß hätte noch nie so eine „eigenartige Erfahrung" gemacht, daß er keine Antwort auf seine Fragen erhält . . . Der vorliegende Bericht strebt danach, den Ausschuß hinter's Licht zu führen' (MRA-Mitglied aus der SU).

Auch die Unterzeichnung der Anti-Folter-Konvention des Europarates durch die BRD (in Kraft seit dem 1.2.89) ändert nichts, denn was als Kontrollinstrument geschaffen sein soll, ist durch besondere Intervention der BRD-Regierung zur Farce degradiert: Eine Fluchtklausel eröffnet z.B. die Möglichkeit, gerade in kritischen Situationen wie

kollektiven Hungerstreiks Kontrollbesuche zu verhindern.

Bis jetzt sind die einzigen Reaktionen der verantwortlichen Stellen die Einleitung von Ermittlungsverfahren, repressive Maßnahmen und Provokationen gegen unsere Mandanten und Lancierung von Falschmeldungen in den Zeitungen.

Auf der Pressekonferenz werden wir über die Situation der Gefangenen und ihre Forderungen informieren.

Für die Verteidiger der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand
gez. Renate Trobitzsch, Rechtsanwältin

Solidarität Inland

Solidaritätsadresse von Frauen aus der Plötze, Westberlin, 1.2.

Seit dem 1.2.89 befinden sich 44 Gefangene aus der RAF und anderen politischen Gruppierungen im Hungerstreik. Wir solidarisieren uns mit ihrem Kampf um Zusammenlegung und fordern:
– die Abschaffung der Isolation in allen Gefängnissen
– Zusammenlegung der politischen Gefangenen in selbstbestimmte Großgruppen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die zusammenkommen wollen
– Ungehinderte politische Information und Kommunikation
– Zugang zu allen Gemeinschaftsveranstaltungen und -hofgängen. Gleiche Auf- und Zusammenschlußrechte für alle Gefangenen
– Aufhebung sämtlicher Sonderhaftbedingungen
– Aufhebung der Trennung und Spaltung von politischen, sozialen und BTM-Gefangenen
– Freilassung von Angelika Goder, Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner und allen haftunfähigen Gefangenen
– Freie Arztwahl für alle Gefangenen

Plötzensee, 1.2.89

Solidaritätserklärung aus Celle, 24.2.89

An einer Veranstaltung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen nahmen in Celle am 24.2. etwa 90 Leute teil. Sie vereinbarten die Fortsetzung der Öffentlichkeitsarbeit und verabschiedeten mit großer Mehrheit folgende Erklärung:

„Wir, die Besucherinnen und Besucher einer Veranstaltung von Celler Grünen und AntiFa zum Hungerstreik der politischen Gefangenen, erklären uns solidarisch mit ihren Forderungen.

Isolationshaft ist Folter. Die extreme Abschottung der Gefangenen von optischen und akustischen Wahrnehmungen bei gleichzeitiger Ausdehnung eines Systems von Maßnahmen ständiger Kontrolle zielt – wie es in einer Erklärung der Angehörigen heißt – auf ‚die Zerstörung von Geist und Seele, von Denken und Fühlen und die Produktion einer leeren, einflußbereiten Hülle.'

Damit muß jetzt Schluß sein! . . .

Die Sonderhaftbedingungen gegen politische Gefangene verstoßen in vielfacher Hinsicht gegen internationales Recht. Auf internationale Kritik reagieren die politisch Verantwortlichen lange schon mit Verschleierung und Unwahrheit. Hier in der Bundesrepublik werden Versuche, über die Haftbedingungen zu informieren oder dagegen zu protestieren, kriminalisiert. Schon die pure Veröffentlichung der Forderung nach Zusammenlegung ist in diesem Land ein Straftatbestand. So nicht mit uns! Deshalb: Der § 129a muß weg!

Wir grüßen Christa Eckes im Kölner und Karl-Heinz Dellwo im Celler Hochsicherheitstrakt, die beide seit dem 1. Februar im Hungerstreik sind. Wir fordern die zuständigen Bundes- und Landesbehörden auf, nicht – wie bisher immer – das Leben der Hungerstreikenden durch Verweigerung oder die 1985 angewandte ‚Koma-Lösung' aufs Spiel zu setzen, sondern die berechtigten Forderungen der Gefangenen sofort zu erfüllen!"

Grußadresse aus Oberhausen

Wir, die BesucherInnen des Lateinamerika-Festes am 18.2. in Oberhausen, solidarisieren uns mit den politischen Gefangenen, die seit dem 1.2. mit dem Hungerstreik für ihre Zusammenlegung in ein oder 2 große Gruppen und die Freilassung der Haftunfähigen kämpfen.

Liebevolle und kraftvolle Grüße an die Gefangenen im Hungerstreik und alle kämpfenden Gefangenen!

Grußadresse aus Marburg

Wir – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Marburger Veranstaltung zum Startbahn-Prozeß vom 16.2.89 – grüßen die Gefangenen, die Anfang Februar in den kollektiven Hungerstreik für ihre Zusammenlegung getreten sind, und alle Gefangenen, die diese Forderung unterstützen. Euch allen viel Liebe und Kraft. Setzen wir die Zusammenlegung gemeinsam durch . . .
Die TeilnehmerInnen über: Bunte Hilfe MR, c/o Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg.

Grußadresse an die Gefangenen im Hungerstreik

Wir, Schwule aus 11 verschiedenen Städten der BRD und Westberlins, haben uns vom 3. bis 5. Februar im JUZI in Göttingen getroffen, um über unsere Situation als Schwule im Widerstand zu reden.

Die zwangsheterosexuellen, patriarchalen Strukturen, die wir tagtäglich in der Gesellschaft erleben, kotzen uns im Widerstand erst recht an. Mit unserer Vereinzelung in den politischen Zusammenhängen muß Schluß sein!

Gemeinsam haben wir festgestellt, daß unsere politische Praxis und unser schwuler Alltag bisher oft voneinander getrennt waren. Wir wissen aber, daß wir nur als ganze Menschen kämpfen können, und wollen uns dafür mit Schwulen kollektiv organisieren.

Wir denken, daß es möglich ist, uns gegen die immer schärfer gewordene Repression jetzt durchzusetzen, wenn wir uns da zusammenschließen, wo wir diese Repression erleben, und uns für unsere Bedürfnisse und den Weg in eine andere Gesellschaft organisieren.

Aus diesem Verständnis raus ist uns auch euer Kampf als Gefangene – gegen Isolationsfolter und für eure Zusammenlegung – nahe. Wir erklären uns solidarisch mit dem Hungerstreik und unterstützen eure Forderungen.
Schwule Grüße

Hanau: Zum Hungerstreik-Transparent in der Metzgerstraße

. . . Wir unterstützen diese Forderungen (der politischen Gefangenen im Hungerstreik – die Red.),

– weil sie sich gegen die Isolationshaft richten. Diese ist eine Vernichtungshaft, die die Herrschenden insbesondere gegen die politischen Gefangenen einsetzen, um sie, ihre Identität, ihren Widerstand zu brechen.
– Weil wir selbst wissen, daß die Möglichkeit gemeinsamer, kollektiver Diskussionen eine unabdingbare Voraussetzung allen politischen Denkens und Handelns ist, daß kollektive Strukturen **eine** Grundlage sind für den Kampf um eine andere Gesellschaft.
– Schließlich weil wir, wenn wir uns nicht von militanten und bewaffneten Widerstandsformen distanzieren bzw. eigenen Widerstand auf verschiedenen Ebenen entwickeln, sehr schnell selbst ins Fadenkreuz herrschender Repression geraten und uns darin auch mit Knast auseinanderzusetzen haben.

. . . So ist in Hanau ein Genosse wegen angeblichem Weiterverkauf der Zeitschrift "radikal" und damit verbundener "Werbung für eine terroristische Vereinigung" im Mai 87 zu 7 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden . . . Im selben Jahr hatte die Hanauer Polizei aus Anlaß eines Besuchs im lokalen Volkszählungsbüro das besetzte Haus in der Metzgerstraße überfallen und mehrere Leute festgenommen. Einigen der Festgenommenen wurde mit Untersuchungshaft gedroht, ein Ermittlungsverfahren we-

gen "Landfriedensbruch" wurde eingeleitet (und mittlerweile eingestellt)...

Im Zusammenhang mit Aktionen gegen Nato-Sprengkammern (1983/84) steht in den nächsten Monaten ein Prozeß gegen Leute aus Hanau an. Die (mögliche) Anklage wegen "Sabotage an Verteidigungsmitteln" soll mit (Bewährungs-)Haftstrafen drohen... In Hanau und Umgebung gab es in den letzten Jahren mehrere "politisch motivierte Anschläge": gegen militärische Einrichtungen, im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Atomtechnologie und letztes Jahr innerhalb der Anti-IWF-Kampagne. Nach Erfahrungen aus anderen Städten müssen wir davon ausgehen, daß repressive Angriffe auf all die Leute hier geplant sind, die diese militanten Aktionen als Teil eines vielfältigen Widerstandes begreifen, und daß entsprechende Täter/innen-Konstruktionen in den Schubladen der Ermittlungsbehörden liegen...

Es ist kein Ausnahmefall mehr, daß die Beschäftigung mit "anschlagsrelevanten Themen" und ein zurechtgezimmertes "linguistisches Gutachten" für eine Verhaftung ausreichen. Die Beweislast liegt mittlerweile bei dem/der Angeklagten, wie nicht zuletzt das gerade eröffnete Verfahren gegen Ingrid Strobl zeigt. In diesen Ermittlungen gegen Aktionen der Roten Zora und Revolutionären Zellen werden jetzt sogar Leute, die Zeugenaussagen verweigern, zu Unterstützern einer "terroristischen Vereinigung" gemacht und mit Haft bedroht...

In immer verschärfender Weise greift der Staatsschutz mittels § 129a Zusammenhänge an, um **den** Widerstand einzuschüchtern und zu brechen, der sich nicht integrieren läßt; Widerstand, der sich radikal – und sei es nur mit Worten – gegen das patriarchal-imperialistische System der Verwertung und Vernichtung stellt.

In dieser Situation und auf dem Hintergrund immer unerträglicherer Haftbedingungen haben die politischen Gefangenen mit dem Hungerstreik begonnen.

Breiter, lauter Protest und starker, vielfältiger Widerstand wird notwendig sein, um die aus moralischen wie politischen Gründen gerechtfertigten Forderungen durchzusetzen; und das, bevor der oder die erste Gefangene stirbt!

Wir rufen deshalb alle linken Kräfte hier in Hanau dazu auf, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Es gilt – gerade gegen die Totschweigetaktik der Medien –, den Hungerstreik mit seinen Forderungen öffentlich zu machen und diese Forderungen – auf welcher Ebene auch immer – zu unterstützen.

Wir selbst haben am besetzten Haus in der Metzgerstraße ein Transparent mit den Forderungen der Gefangenen aufgehängt, desweiteren soll Anfang März eine Informationsveranstaltung zum Hungerstreik der Gefangenen durchgeführt werden.

Liebe und Kraft allen kämpfenden Gefangenen!
Solidarität ist eine Waffe!!!
Einige Besetzer/innen

Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik

Hannover: „Politische Gefangene im Hungerstreik – wir unterstützen Eure Forderungen!!! Solidarische Grüße, besonders an Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes! Hungerstreikplenum Hannover." (taz, 22.2.89)

Gießen. Die Frauen vom Gießener autonomen Frauen- und Lesbenplenum unterstützen den Kampf der Gefangenen gegen die vernichtende Isolationshaft und für die Zusammenlegung. (taz, 22.2.89)

Köln. „Wir wünschen Dir, liebe Christa, viel Kraft und Erfolg. Wir denken dauernd an dich, dieses gilt auch für alle anderen Beteiligten wie Heidi, Suzanne und die, die uns nicht bekannt sind. Haltet die Ohren steif. Viele Grüße und Küsse von Haus 14, JVA Köln Ossendorf. Carla, Conny, Hema, Tina, Suzanne B., Karin, Angie, Gaby, Brigitte, Kerstin, Petra S., Petra D., Doris, Sylvia, Angelika" (taz, 27.2.89)

Bielefeld. „Wir, einige Kurden/innen aus Bielefeld, solidarisieren uns mit eurem Kampf für die Zusammenlegung und wünschen euch auch weiterhin viel Kraft und Mut. Wir grüßen euch mit den Worten Mazlum Dogans aus dem Kerker in Diyarbakir: **Widerstand heißt Leben!** Hoch die internationale Solidarität." (taz, 22.2.89)

Weitere Solidaritätsbotschaften an die politischen Gefangenen kamen von:
- Schwule Aktion Rosa POCTOB
- Mitgliederversammlung der AL Westberlin vom 11.2.89
- Über 500 TeilnehmerInnen der Kontra-Repressions-Veranstaltung vom 18.2. in Hamburg
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Initiativen/Gruppen in der Straffälligenarbeit Höchst/Göttingen, 12.2.89
- BesucherInnen des Rock gegen Rechts-Konzerts JUZ Tostedt, 11.2.

Solidarische Aktionen

Neumünster. Auf einer Solidaritäts-Veranstaltung für DDR-Punks direkt vor dem Konzert am 18.2.89 im AJZ-Neumünster wurde vor ca. 150 BesucherInnen ein Redebeitrag zum Hungerstreik gehalten. Außer diesem Beitrag gab es einen Büchertisch und ein Transparent zur Zusammenlegung, und es wurde Geld für die Zusammenlegungskampagne in Schleswig-Holstein gesammelt.

Bremen. An einer Veranstaltung am 23.2., auf der eine Angehörige und ehemalige politische Gefangene sprachen, beteiligten sich 400 und diskutierten die Aufgaben weiterer Unterstützung.

Karlsruhe. 130 nahmen an der Veranstaltung am 27.2. teil, auf der Rechtsanwälte und ein früherer politischer Gefangener sprachen. Sie verabschiedeten u.a. eine Grußadresse an die Gefangenen und erklärten sich außerdem solidarisch mit den Forderungen der kurdischen, irischen und palästinensischen politischen Gefangenen in der BRD.

Mannheim. Die ca. 300 Teilnehmer der Veranstaltung am 24.2. verabschiedeten u.a. eine Grußadresse an die politischen Gefangenen.

Solidaritätsaktionen in Göttingen

- Am 23.2. wurden in Göttingen 16 Transparente an einer Kneipe, am JUZI, an Wohnungen und an zwei Brücken entrollt, sechs davon direkt in der Innenstadt. Am gleichen Tag kam dazu in einer „alternativen" Wochenzeitung (Auflage 15000) eine Erklärung zu dieser Aktion raus, die auch als Flugblatt gedruckt wurde.
- Am 18.2. und 25.2. liefen in der Innenstadt Flugblattaktionen, Büchertisch, Stellwände und eine Kundgebung.
- Vom 23.2.-27.2. läuft eine Soliwoche in einer Kneipe (Theaterkeller).
- Am 24.2. fand im JUZI eine Veranstaltung zur Plötze und zu Weiterstadt statt.
- Im „Buchladen Rote Straße" ist ein Fenster dazu.
- Zwei Leute wurden angeblich beim Sprühen abgegriffen (nachts), sie wurden zwei Stunden auf der Wache festgehalten, kein ED.
- Im „Jungen Theater" werden jeden Abend Stellwände und ein Büchertisch aufgestellt.
- Sprühaktionen, Flugis und Plakate in der ganzen Stadt.
- Über 100 Leute und Gruppen haben den Aufruf des Initiativkreises Hafenstraße unterschrieben.
- Jeden Sonntag tagt ein Hungerstreik-Plenum.
- Am 1.3. findet eine Veranstaltung zum Hungerstreik in Irland statt.

Solidaritätserklärung des Internationalistischen Zusammenschlusses Hamburg, 26.2.89

Wir als Zusammenschluß internationalistischer Gruppen sind solidarisch mit den revolutionären politischen Gefangenen weltweit und unterstützen ihren Kampf um Befreiung. Die politischen Gefangenen der BRD aus Guerilla und Widerstand haben, nachdem sie vom Staat verurteilt wurden und sich in Haft und absoluter Isolation befinden, ihren Kampf konsequent weiter fortgesetzt und einen Hungerstreik aufgenommen, um ein minimales Recht einzuklagen. Nachdem man versucht hat, sie gefügig zu machen, indem man ihnen verbot, frei zu denken, und sie unmensch-

lichen Haftbedingungen aussetzte, befinden sie sich in einem besorgniserregenden körperlichen und psychischen Gesundheitszustand.

Deshalb solidarisieren wir uns als Revolutionäre und Vertreter/Vertreterinnen für die Verteidigung der politischen Rechte und minimalen Garantien von Menschenrechten mit ihnen:
- Wir unterstützen sie in ihrer Forderung nach Zusammenlegung;
- Wir bekräftigen, daß jeder Mensch das Recht des freien Denkens und der Ausübung seines Denkens in Freiheit hat;
- Wir sind der Meinung, daß durch die Bedingungen der Isolationshaft, der die GenossInnen ausgesetzt sind, gegen die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verstoßen wurde – wofür die Bundesrepublik von der UNO-Menschenrechtskommission bereits verurteilt wurde.

Wir gehen davon aus, daß die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung nur einen ersten Schritt beinhaltet – und daß ihre konsequente Haltung eine Mobilisierung erreichen sollte, die die Freiheit der GenossInnen als Ziel beinhaltet.

Venceremos! Hamburg, 26.2.89
Internationalistischer Zusammenschluß; TeilnehmerInnen aus folgenden Gruppen: MIR, c.m., Che Guevara Zentrum, Sympath. der Volksfedayin Irans (Minderheit), 130a-Plenum, Autonome Nahostgruppe, Freunde des kurd. Volkes, Feyka Hamburg, Freunde von Devrimci Sol HH, El Salvador Komitee, Erwerbslosen- und Jobberini Balduinstr.

Brief an Christa, Karl-Heinz, Günter

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die begonnen haben, ihre eigene Isolation zu durchbrechen, indem wir gemeinsam einen Stadtteilkulturladen in St. Pauli, Hamburg, organisieren.

Weil wir hierbei täglich unsere Grenzen spüren, verstehen wir euer notwendiges Bedürfnis nach Zusammensein und Auseinandersetzungen.

Deshalb finden wir es wichtig, jetzt und laut darüber zu reden. Wir bewundern eure Stärke und Klarheit in dieser Situation und wünschen euch Kraft und Mut ohne Ende!
Stadtteilkulturladen St. Pauli, Hamburg, im Februar 89

Plakataktion in Worms

Am 10.2.89 hat eine Gruppe von Leuten in Worms mit einer Plakataktion das Schweigen der Medien zum Hungerstreik der Genossen und Genossinnen aus RAF und Widerstand gebrochen. Inhaltlich bezog sich der Text auf die Forderung nach Zusammenlegung und Freilassung der Haftunfähigen.

Kurz vor Ende der Aktion wurde eine Gruppe von einer Polizeistreife entdeckt und verfolgt. Während der Verfolgung wurde auf einen der Flüchtenden, nach vorhergehendem „Halt – stehenbleiben oder ich schieße" mindestens ein Schuß abgefeuert. Ob gezielt oder in die Luft, kann im Nachhinein nicht geklärt werden. Trotzdem konnte die Polizei niemanden fassen. Eine unbeteiligte Person wurde in der darauffolgenden Fahndung brutal aus einer Telefonzelle gezerrt, vorübergehend festgenommen und anschließend das in der Nähe liegende Zimmer der Person erfolglos durchsucht.

Noch in der Nacht und am darauffolgenden Tag wurde der größte Teil der über 200 Plakate von der Polizei abgerissen, um der Gegenöffentlickeit keinen Raum zu lassen ...

Für die Zusammenlegung und Freilassung der Haftunfähigen kämpfen! Zusammenlegung durchsetzten! Jetzt!

Wir wollen mehr – Das Info-Büro muß her!

Stuttgart. Am Freitag, 17.2.89, haben wir das Büro der Grünen besetzt, um mit ihnen über unsere Forderung nach einem Info-Büro in ihren Räumen zu verhandeln.

Sie zogen sich in ihrer Argumentation auf Formalgründe zurück. Einzelpersonen könnten diese Entscheidung nicht treffen, das sei Sache des Landesvorstands. Wir verlangten eine sofortige Diskussion mit dem Vorstand, was aber angeblich nicht möglich war. Wir verließen am Freitag dann um 15 Uhr das Büro, weil wir es nicht auf eine polizeiliche Räumung ankommen lassen wollten, um die Situation für uns offen zu halten. Klar war, daß wir am Montag und Dienstag wiederkommen und bis zur Entscheidung am Dienstag minimal arbeiten wollten.

Am Montag, 20.2., waren wir wieder dort und haben zumindest erreicht, daß (im Gegensatz zu Freitag) Telefonanrufe an uns durchgestellt, Solidaritätserklärungen und die Hungerstreikerklärung von Karl-Heinz Dellwo, die über Telefax im Büro eingingen, an uns ausgehändigt wurden. Außerdem haben wir dort eine Dokumentation zusammengestellt als Grundlage für die Diskussion mit dem Landesvorstand.

Der Vorstand begegnete uns am Dienstag mit einem schon vorher gefaßten Beschluß, kein Info-Büro in ihren Räumen zuzulassen. Trotz der Situation Hungerstreik wollten sie aber außer langfristigen Einzelprojekten (wie auf 'ne Veranstaltung oder Demo hindiskutieren) jetzt nichts machen. Sie machten uns nur das minimale Zugeständnis, daß alle Infos zum Hungerstreik an sie geschickt und gefaxt werden und wir sie abholen können.

Das heißt für Euch, sämtliche aktuellen Sachen von Euch aus an die Grünen zu schicken, da wir uns von hier aus noch nicht kontinuierlich bei Euch melden können.
(Adresse: HS-Plenum, c/o Die Grünen, Forststr. 93, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/610661/2, Telefax 0711/625079 (FAX)

Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen kämpfen!

Erklärung des Streikbüros in Frankfurt

Wir sind heute in das Grünen-Büro im ehemaligen KBW-Haus gegangen und richten dort ein Zentrum zum Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand ein.

Wir bauen das Aktionszentrum mit Büro, Ermittlungsausschuß, Infoladen und Volksküche auf, um dort jederzeit erreichbar zu sein und um dort Plenen und Treffen zu verschiedensten Initiativen zu organisieren.

Wir wollen das verbinden: zum Hungerstreik der politischen Gefangenen und zum Kampf für die Durchsetzung der Zusammenlegung die notwendige Öffentlichkeit schaffen, als Anlaufstelle für alle Menschen und Gruppen, die den Kampf zu ihrem machen, als Raum, um praktische Schritte in diesem Kampf und in unserer Organisierung zu diskutieren und zu entwickeln – um damit unsere Situation in der Stadt und der Region zu verändern, d.h. radikaler Opposition und revolutionärem Widerstand den materiellen und politischen Raum zum Handeln zu schaffen, den wir schon lange brauchen ...

Die gefangenen Revolutionäre bestimmen diesen Streik als langandauernde Kampfphase, um nach 18 Jahren Vernichtungshaft und neun Hungerstreiks jetzt die Zusammenlegung durchzusetzen. Dafür haben sie sich entschlossen, in einer permanenten Eskalationskette zu streiken: Alle Gefangenen haben zusammen angefangen, bis auf zwei – Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo – nach 14 Tagen unterbrochen, um sich jetzt im Takt von 14 Tagen jeweils zu zweit nach und nach wieder anzuschließen.

Das bedeutet über einen langen Zeitraum eine ständige Eskalation auf Leben und Tod. Diese Konfrontation wird alle Auseinandersetzungen bestimmen und prägen, die politischen Verhältnisse in der BRD verändern. Die für dieses Jahr geplanten Jubelveranstaltungen, mit denen der BRD-Staat 40 Jahre imperialistische Politik feiern lassen will, werden laufen in der Konfrontation antagonistischer Interessen.

In diese Konfrontation greifen wir ein, um zusammen mit den Gefangenen die Zusammenlegung jetzt durchzusetzen und Handlungslinien revolutionärer Politik zu entwickeln ...

Wir sind in das ehemalige KBW-Haus, weil es früher ein Zentrum linksradikaler Politik war und heute von verschiedensten alternativen Projekten und Gruppen genutzt wird.

Wir sind zu den Grünen, weil sie behaupten, sich für die

politischen Gefangenen einzusetzen, tatsächlich aber durch ihre staatsapologetische Politik (Dialog und Befriedung, Gestaltung des Knastneubauprogramms in Hessen und Zustimmung zur Anschaffung neuer Polizeiwaffen, Wasserwerfer usw.usf.) Teil der staatlichen Macht sind, die den Gefangenen und uns gegenübersteht.

Von den Grünen fordern wir die materiellen Bedingungen, die wir für das Hungerstreikbüro brauchen: Räume, technisches Gerät usw., also daß sie, wie die Hamburger GAL, ihre Räume und Möglichkeiten zur Verfügung stellen und damit den Kampf für die Durchsetzung der Zusammenlegung unterstützen.

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat eine Erklärung zum Hungerstreik abgegeben, die in ihrem Opportunismus zum Staat die Folter in den Knästen verharmlost, vorsorglich tote Gefangene legitimiert und den kämpfenden Gefangenen in den Rücken fällt.

Wir fordern alle Mitglieder der Grünen auf, sich von dieser Erklärung zu distanzieren und den Kampf um die Zusammenlegung aktiv zu unterstützen. Wir fordern alle Gruppen und Projekte im ehemaligen KBW-Haus auf, sich mit den Gefangenen zu solidarisieren, unsere Arbeit zu unterstützen und Teil der Mobilisierung zu werden ...

Ex-KBW-Haus, Mainzer Landstr. 147
Ab sofort sind wir unter der Telefonnummer 069/736019 oder Fax 736142 Tag und Nacht zu erreichen.

Grüne verweigern Hungerstreik-Büro

Landesgeschäftsstelle in Frankfurt von Angehörigen der politischen Gefangenen besetzt. Berlin (taz) – Die Frankfurter Landesgeschäftsstelle der hessischen Grünen ist am Sonntag abend zur Einrichtung eines Hungerstreik-Büros besetzt worden. Die BesetzerInnen, darunter Angehörige der politischen Gefangenen, ehemalige Gefangene und Mitglieder autonomer und antiimperialistischer Gruppen, forderten den Landesverband auf, wie die Hamburger GAL ebenfalls ihre Einrichtungen für das Streik-Büro zur Verfügung zu stellen ...

Der Landesvorstand der hessischen Umweltpartei distanzierte sich gestern ausdrücklich von diesem Ansinnen: „Mit allen, die einer Politik der Gewalt, dem bewaffneten Kampf oder militanten Aktionen das Wort reden, gibt es keine Gemeinsamkeit, keine Bürogemeinschaft und keine gemeinsame Erklärung."

Die Unterstützergruppe hatte zuvor unter anderem alle Mitglieder der Grünen aufgefordert, sich von einer Erklärung der Bundestagsfraktion zu distanzieren ... Der Landesvorstand der hessischen Grünen stellte sich gestern dagegen voll hinter den Beschluß der Bonner Fraktion.

Der Ankündigung der BesetzerInnen, bis zur Durchsetzung der Hungerstreikforderungen das Streik-Büro betreiben zu wollen, hielt der Vorstand entgegen: „Wir werden nicht dulden, daß mit technischen und organisatorischen Mitteln der Grünen eine Politik gemacht wird, die in krassem Gegensatz zu unseren Anschauungen steht und die wir politisch energisch bekämpfen."

Mit friedlichen Mitteln sollen die BesetzerInnen dazu gebracht werden, die Büroräume wieder zu verlassen.

Wie die BesetzerInnen weiter erklärten, wollten sie die Arbeit der Landesgeschäftsstelle nicht behindern, aber auch „nicht freiwillig gehen" ... – W. Gast. (taz, 28.2.)

Ergänzung zur Büro-Besetzung in Frankfurt: Am Abend des 27.2. (Montag) räumten die Grünen die besetzten Räume von sämtlichen relevanten Arbeitsmitteln wie Telefon, Fotokopierer usw. und ließen von der Post die fünf Telefonanschlüsse sperren. Die BesetzerInnen werden trotzdem weiter in den Räumen bleiben.

Weitere Hungerstreik-Info-Büros

In **Karlsruhe** gibts jetzt auch ein Hungerstreik-Info-Büro. Tel.: 0721/855979). Solidaritätsadressen sind erwünscht.
Freiburg: GNN-Verlag, Wilhelmstr. 15, Tel. 0761/35978
Kaiserslautern: Adolf-Kolpingplatz 1, 6750 Kaiserslautern, Tel.: 0631/66636, Mo-Fr, 19-21 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

Solidarität Ausland

Brief von politischen Gefangenen aus Belgien

Liebe Freunde, wir haben Euer Kommuniqué erhalten über den großen Hungerstreik, der durch die Gefangenen aus RAF und Widerstand in Deutschland begonnen worden ist.

Durch diesen kurzen Brief will ich in meinem Namen und im Namen meiner Genossen Bertrand Sassoye, Didier Chevolet und Pierre Carette, alle vier Gefangene der Kämpfenden Kommunistischen Zellen, unsere ganze Solidarität schicken für den Kampf, den sie gegen die Zerstörung durch Isolation und die Auflösung der revolutionären Gefangenen führen.

Um ihre politische Arbeit weiter fortführen zu können und ihren Beitrag zu leisten für die Entwicklung der revolutionären Entwicklung in Europa und überall auf der Welt haben die Gefangenen gekämpft, kämpfen sie und werden sie noch weiter kämpfen.

Das ist notwendig und unvermeidlich.

Wir wünschen allen gefangenen Militanten einen Sieg mehr in dem nicht enden wollenden Kampf, der der revolutionäre Kampf ist.

Wir wünschen auch, daß ihre Bewegung/Initiative eine breite Solidarität in Deutschland und anderswo anstößt.

Wir senden auch jedem und jeder revolutionäre und kommunistische Grüße.

16.2.1989

Pascale Vandegeerde
Place de l'Abbé Joseph André
5000 Namur, Belgique

Solidarität aus der Türkei

Dear Friends, 19 February 89, Istanbul

We are the defendants at the trial regarding „Devrimci Sol" (Revolutionary Left) organisation.

We have heard that you have begun to hungerstrike against the negative conditions such as isolation; and against the obligation of putting on the uniform clothes in the prison and also that you obtain a political statute for you. But we want to know more information about you.

We support you with all our heart.

We expect your reply.

Kind Regards,
On behalf of
defendants
M. Murat Sözeri

Adress:
M. Murat Sözeri
Sagmalcilar Özeltip
Cezaevi E-Blok
Istanbul - Türkiye

(Von „Devrimci Sol" (Revolutionäre Linke) stehen allein in Istanbul mehr als 1200 Angeklagte seit 1980 vor dem Militärgericht. Gegen 213 von ihnen ist die Todesstrafe beantragt. Die Devrimci-Sol-Gefangenen haben in mehreren Hungerstreiks und Todesfasten (1984 starben dabei drei ihrer Genossen) gegen Folter, schlechte Haftbedingungen und das Tragen von Einheitskleidung gekämpft.)

Solidaritätserklärung mit den Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand von politischen Gefangenen in den USA

07.02.1989, Washington D.C.

Liebe GenossInnen, wir wollen Euch unsere revolutionäre Solidarität ausdrükken und bekräftigen unsere andauernde Unterstützung für Euch und die Forderungen des Hungerstreiks. Wir wünschten nur, wir wären in der Lage, Euch konkretere Unterstützung zu geben.

Isolationsfolter ist eine einheitliche Strategie der NATO-Staaten gegen revolutionäre politische Gefangene, und die Gefangenen und unsere jeweiligen Bewegungen werden gemeinsam handeln müssen, um sie zu besiegen.

Eure Avantgarderolle in diesem Kampf zeigt immer wieder den Willen zu siegen und eine Tiefe des revolutionären Charakters, die nur zum Sieg führen können.

Venceremos!!!

Gruß- und Solidaritätsadresse an die kämpfenden revolutionären Gefangenen in der BRD, Zürich, 12.2.

Am Sonntag, den 12. Februar 1989, fand in Zürich eine Veranstaltung statt, ein Solidaritätsabend mit dem türkischen und kurdischen Volke. Partizan organisierte diesen Gedenktag zu den gefallenen Revolutionären. Ein Beitrag zur Situation der politischen Gefangenen in der Metropole, im speziellen zur Isolationsfolter und der Situation von Günter Sonnenberg, endete mit dem aktuellen Hungerstreik. Mehr als 1000 anwesende Genossinnen und Genossen solidarisierten sich mit dem Kampf der deutschen politischen Gefangenen und grüßten sie mit der Parole:
„Hoch die internationale Solidarität!"

Gruß- und Solidaritätsbotschaft an die kämpfenden politische Gefangenen in der BRD, Zürich, 17.2.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung zur Ermordung von Jurg Weis und zur Situation in El Salvador solidarisieren sich mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand in der BRD; insbesondere unterstützen wir ihre Forderungen ...
Zürich, den 17.2.89 – Diese Grußbotschaft wurde als Pressecommuniqué verschickt.

Unterstützung des Hungerstreiks aus Dänemark

Liebe GenossInnen des „Info-Büros zur Unterstützung der revolutionären Gefangenen"! Viele liebe Grüße von uns aus Dk! Wir – ein autonom anti-imperialistischer Zusammenhang in Dänemark – autonome Revolutionäre und autonome Feministen – versuchen, die Initiative Eurer Kampagne zur Unterstützung der Forderungen und des kollektiven Hungerstreik-Kampfes dafür in die dänische Öffentlichkeit zu tragen:
– Für die breite Linke haben wir verschiedene Artikel in dänischen liberalen und linken Tageszeitungen verfaßt über die Situation der kämpfenden GenossInnen im westdeutschen Knast. Heute wurde dieser Artikel z.B. in der Tageszeitung der dänischen KP (DKP) veröffentlicht. Sie hat immerhin eine Auflage von ca. 16000 und wird vorrangig von progressiven, linken Industriearbeitern und Lohnarbeitern im öffentlichen Sektor sowie von Teilen radikalisierter Jobber und Arbeitslosen gelesen.
– Für die radikale Linke (in Dk sehr institutionalisiert und reformistisch!) sowie für die kleinen Ansätze sozialrevolutionärer Zusammenhänge verteilen wir unser Autonomi-Nyhedsbrev, worin der Zusammenhang der Kämpfe drinnen und außerhalb der Knäste beschrieben wird. Sowie die Veröffentlichung des Briefes von den GenossInnen im Knast / Helmut Pohl.
– Als drittes Niveau werden wir sog. progressive und linke Persönlichkeiten anschreiben und sie auffordern, die Forderungen der politischen Gefangenen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen und dadurch der Kampagne eine internationale politische Dimension zu geben, als Antwort auf die koordinierte Vorgehensweise der westeuropäischen Repressionsorgane.
Sobald wir genügend Unterschriften gesammelt haben – primär aus dem Parlamentsbereich – werden wir sie Euch zukommen lassen!
– Außerdem werden wir zum späteren Zeitpunkt einige Basisaktivitäten loslassen.
Gemeinsam werden wir die Forderungen und die Freiheit der kämpfenden GenossInnen im Knast erkämpfen!
Viele liebe und anti-imperialistische Grüße an Euch und an alle revolutionären GenossInnen im Knast. Ciao.
Autonome Zusammenhänge / Autonome Revolutionäre und autonome Feministen aus Dänemark

Reaktionen der Justiz

Kurzinformationen

Bochum. Hans Deutzmann, sozialer Gefangener, der sich auch am Hungerstreik beteiligt, hat seit dem Hungerstreik Besuche mit Trennscheibe. Er sitzt in U-Haft in Bochum.
Hannover. Bei Mareile Schmegner haben die beiden letzten Besuche nicht stattgefunden. Einmal von einem Genossen aus Hamburg, der gleichzeitig ein generelles Besuchsverbot bekam. Das erfuhr Mareile einen Tag vor dem Besuch. Der zweite Besuch sollte mit der Mutter von Ingrid Jakobsmeier stattfinden. Sie sollten sich an die Längsseite des Tisches setzen, mit zwei Metern Abstand voneinander. Das war das erstemal, daß das LKA dies bestimmte. Mareile und Hilde Jakobsmeier weigerten sich, diese Bedingung zu akzeptieren. Daraufhin wurde der Besuch vom LKA abgebrochen.

Pressezusammenstellung

Die Welt, 23.2.89: RAF-Hungerstreik nicht auf Schonung angelegt. Justizminister Remmers korrigiert: Keine „Rotation". Die am 1. Februar im gesamten Bundesgebiet begonnene Hungerstreik-Kampagne von 51 terroristischen RAF-Häftlingen ist entgegen ersten Analysen nicht auf physische Schonung der einzelnen Gefangenen durch eine zweiwöchige „Rotation" der Nahrungsverweigerung angelegt. Der niedersächsische Justizminister Remmers (CDU) korrigierte diesen Eindruck gestern mit Hinweis auf den Wortlaut des Aktionsaufrufs, der die Unterschrift des RAF-Mitgliedes Helmut Pohl trägt.

Darin heißt es wörtlich: „Wir fangen alle zusammen an, nach zwei Wochen gehen wir in eine Kette über, bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei Wochen kommen die nächsten zwei wieder hinzu" und so fort, um „einen langgezogenen Kampf" zu führen. Die Terroristen wollen damit den Zusammenschluß in zwei großen Haftgruppen erzwingen. Remmers stellte klar, daß der Forderung nicht nachgegeben werde. Im übrigen sei „jede Chance" zu suchen, die Häftlinge zur Aufgabe ihrer „unmenschlichen" Hungertaktik zu bewegen.

Diese läuft nach Einschätzung des Ministers auf eine „Eskalationskette" hinaus, die einen „Solidardruck der Nachrückenden auf die Beginner" erzeuge, so daß diese trotz der relativ höchsten persönlichen Gefährdung kaum „aussteigen" könnten. Diese Form der Druckkampagne nach dem Vorbild der irischen Terrororganisation IRA habe dort bereits zahlreiche Todesopfer gefordert. Tatsächlich haben jetzt die in Celle und Köln einsitzenden Häftlinge Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes den Hungerstreik fortgesetzt, als die übrigen RAF-Mitglieder ihn vor einer Woche plangemäß unterbrachen. Nach Informationen der WELT sollen der offenbar über Kontaktanwälte vermittelten Steuerung zufolge in der kommenden Woche Rolf Heißler und Gisela Dutzi wieder dazustoßen, nochmals zwei Wochen später Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt.

Für Dellwo und Eckes ist nach Remmers' Angaben in „drei bis fünf Wochen mit einer kritischen Situation" ihres Gesundheitszustandes zu rechnen ...

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 23.2.89: „Wir können und wir werden nicht nachgeben." Mit diesen Worten nahm Justizminister Walter Remmers am Mittwoch vor Journalisten in Hannover zu der Forderung der inhaftierten RAF-Mitglieder Stellung, in deutschen Gefängnissen in zwei großen Gruppen zusammengelegt zu werden. Zugleich appellierte der CDU-Politiker an die Terroristen, den am 1. Februar begonnenen Hungerstreik nicht fortzusetzen ...

Der Justizminister bekennt: „Das System dieses Hungerstreiks ist schlimm und unmenschlich. Der Solidardruck läßt den Hungerstreikenden offenbar keine Entscheidung, die Aktion abzubrechen."

In der Celler Haftanstalt, wo Dellwo, Taufer und Folkerts seit 1982 in einer Kleingruppe zusammenleben, ist eine Intensivstation für die ärztliche Betreuung Dellwos eingerichtet worden. Allerdings lehnen die Terroristen derzeit eine medizinische Betreuung ab. Remmers berichtete weiter, eine Zwangsernährung werde es erst dann geben, wenn der Hungerstreikende bewußtlos geworden sei. Solange Dellwo in der Lage sei, seinen freien Willen zu be-

kunden, und die ihm täglich angebotenen Mahlzeiten ablehne, werde von einer Zwangsernährung Abstand genommen ...

Bild, 23.2.89: RAF-Hungerstreik – Sterben nach Plan. Am 1. Februar begannen 51 RAF-Häftlinge mit einem Hungerstreik, um eine Zusammenlegung zu erreichen. Nach zwei Wochen hörten 49 auf, nur Karl-Heinz Dellwo (Celle) und Christa Eckerts (Köln) hungerten weiter. Dies war die erste Stufe eines tödlichen Planes. Der Terrorist Helmut Pohl beschreibt ihn in einem abgefangenen Brief an andere RAF-Häftlinge so: „Wir fangen alle zusammen an, nach zwei Wochen gehen wir in eine Kette über, bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei Wochen kommen die nächsten zwei dazu, und so weiter." Niedersachsens Justizminister Remmers: „Weil immer neue Häftlinge in den Hungerstreik treten, können die ersten praktisch nicht aufhören. Sie stehen unter starkem psychologischen Druck." Der Plan stammt von der IRA, dort gab es bei einer ähnlichen Aktion vor einigen Jahren zehn Tote.

Spiegel, 27.2.89: Hungerstreik – Auf der Kippe ... Über eine angemessene staatliche Reaktion auf den Hungerstreik und die Art des Umgangs mit inhaftierten Terroristen konnten sich Sicherheits- und Justizbehörden in Bund und Ländern noch nicht einigen. „Wenn in den nächsten 14 Tagen nicht mit Vernunft und Augenmaß gehandelt wird", prophezeit ein Verfassungsschützer, „dann kriegen wir Verhältnisse wie 1977" – bei der Mordserie im „Deutschen Herbst". Denn „nicht nur die Kommandoebene der RAF", so seine Einschätzung, „sondern auch das militante Umfeld kann kaum noch stillhalten. Der erste, der abkratzt, ‚legitimiert' doch sofort den bewaffneten Kampf."

Die Sorge, daß der Hungerstreik Tote fordern könnte, scheint so realistisch wie die Gefahr einer darauf folgenden Welle von neuen Terroranschlägen. Zu lange währt schon der Streit darüber, ob nicht auch einsitzenden Terroristen endlich normale Haftbedingungen gewährt werden sollen.

Inzwischen wollen die Terroristen mehr als nur die Normalität: Sie fordern die Zusammenlegung aller rund 40 inhaftierten RAF-Kriminellen in ein oder zwei große Gruppen und die Freilassung von vier ihrer Genossen, die sie für haftunfähig halten ...

Die Richter vom Düsseldorfer Oberlandesgericht haben sich bereits abgesichert und Vorsorge getroffen. Sie ordneten an, daß Zwangsernährung dann zulässig sei, wenn sich „schwerwiegende Gefahren für die Gesundheit" der Hungernden „abzeichnen" – nach RAF-Version die „Koma-Lösung". In der Haftanstalt Celle wurde bereits eine Intensivstation eingerichtet ...

Am Donnerstag vergangener Woche tagten in Köln die Verfassungsschützer aus Bund und Ländern und suchten nach Möglichkeiten, eine tödliche Zuspitzung der Lage zu vermeiden. Sie sind zu erheblichen Konzessionen bereit, doch die Justizbehörden – vor allem Generalbundesanwalt Rebmann – legen sich quer.

Beim Verfassungsschutz plädieren Experten für Gespräche mit der RAF und für vermittelnde Lösungen. Sie wollen

> bis zu acht Häftlinge in mehreren Gruppen zusammenlegen;

> die Besuche der Eltern und nahen Verwandten nicht mehr überwachen;

> kranke Häftlinge wie Claudia Wannersdorfer, Bernd Rößner und Günter Sonnenberg entlassen.

Die Fachleute erörterten die Frage, ob nicht beispielsweise die in Berlin inhaftierten RAF-Frauen mit denen in Lübeck zusammengelegt werden sollten. Schließlich sei der Staat doch in der stärkeren Position.

Ob eine Zusammenlegung von Häftlingsgruppen den Zusammenhalt der RAF stabilisiere, sei überhaupt nicht ausgemacht. Im Gegenteil, viel wahrscheinlicher sei es, daß ideologische Festigkeit und Geschlossenheit in den zu erwartenden gruppendynamischen Prozessen zerbröckelten. Ein Wiesbadener Terrorfahnder: „Die fallen sich doch bald entsetzlich auf die Nerven."

Doch ein Durchbruch zu Vernunft und Menschlichkeit scheitert einstweilen am starren Generalbundesanwalt ...

Veranstaltungen, Demonstrationen

Hamburg. 2.3., Fabrik, 19.00 Uhr

Frankfurt. 8.3. Internationaler Frauenkampftag. Frauen- und Lesbenkundgebung am Knast in Frankfurt Preungesheim, Treff 18.00 Uhr, Nibelungenplatz. Zusammenlegung jetzt durchsetzen!

Wiesbaden. 9.3., mit Christian Geißler und ehemaligen Gefangenen, Ort und Zeit noch unbekannt.

Hamburg. 17.3., Demonstration zur Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen und ihres Hungerstreiks

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint mindestens vierzehntäglich, je nach Lage wöchentlich im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen.
Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1. Ein Halbjahresabonnement kostet 20,- DM. Eventuelle Überschüsse werden auf das Spendenkonto der Angehörigen überwiesen. Lieferung nur gegen sofortige Bezahlung oder Einzugsermächtigung möglich. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507